

Alexander Nützenadel

Stunde der Ökonomen

Wissenschaft, Politik und Expertenkultur
in der Bundesrepublik 1949–1974

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft

Band XXX

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 166

V&R

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft

Herausgegeben von
Helmut Berding, Jürgen Kocka, Paul Nolte,
Hans-Peter Ullmann, Hans-Ulrich Wehler

Band 166
Alexander Nützenadel
Stunde der Ökonomen

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Stunde der Ökonomen

Wissenschaft, Politik und Expertenkultur
in der Bundesrepublik 1949–1974

von

Alexander Nützenadel

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Umschlagabbildung:
Bundestagssitzung vom 11. Mai 1971: Debatte zur Währungsstabilität,
Rede des Bundesministers für Wirtschaft, Karl Schiller.
© Presse- und Informationsamt der
Bundesregierung (Bundesbildstelle),
Foto: Detlef Gräfinholt.

Für Friederike, Felix und Leonard

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-525-35149-6

Gedruckt mit Unterstützung der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein.

© 2005, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen. www.v-r.de
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke.

Printed in Germany.

Umschlag: Groothuis, Lohfert, Consorten, Hamburg.

Satz: Text & Form, Garbsen.

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	11
Erster Teil: Laboratorien der Wirtschaft	25
I. Nationalökonomie auf neuen Wegen	25
1. Der lange Schatten der Historischen Schule	27
2. Denken in Ordnungen. Die Freiburger Schule und der Ordoliberalismus	33
3. Die Rezeption der Neoklassik und die Anfänge der modernen Volkswirtschaftslehre	44
4. »New Economics«: Keynesianismus und Neoklassische Synthese	51
II. Wachstum und Konjunktur	63
1. Erbe und Auftrag: Die »Große Krise« im politischen Diskurs nach 1945	64
2. Konjunktur- oder Wachstumszyklus?	72
3. Von der Finanzwirtschaftslehre zur »Fiscal Theory«	81
III. »Am Röntgenschirm der Volkswirtschaft«	90
1. Der Aufstieg der empirischen Wirtschaftsforschung	92
2. Nachholende Modernisierung: Die Einführung der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	99
3. Der Blick in die Zukunft	108

Zweiter Teil: Verwissenschaftlichung der Politik	123
IV. Nationalökonomien als Politikberater	123
V. Das Erbe Weimars: Die Debatte um den Bundeswirtschaftsrat	136
1. Der Weimarer Reichswirtschaftsrat als Vorbild?	136
2. Wirtschaftsdemokratie oder »Verbändeparlament«?	139
3. Das Scheitern des korporatistischen Beratungsmodells	146
VI. Experten, Öffentlichkeit und Politik: der Sachverständigenrat	152
1. Ein deutscher »Council of Economic Advisors«	152
2. Politische Widerstände und neue Koalitionen	154
3. Die Diskursmacht der Wissenschaft	164
 Dritter Teil: Zwischen Kaltem Krieg und Europäischer Integration	 175
VII. »Kompetitive Koexistenz«. Die Auseinandersetzung mit der sozialistischen Planwirtschaft	177
1. Wie schnell wächst die DDR-Wirtschaft?	179
2. Annäherung im Wandel? Die Konvergenzdebatte in den sechziger Jahren	187
3. Politik ohne Ideologie. Kybernetik, Systemtheorie und Planungssteuerung in Ost und West	197
VIII. Europäische Integration und gaullistische Herausforderung	205
1. Müller-Armack und das »Europäische Konjunkturboard«	206
2. Welches Wirtschaftsmodell in Europa? Die Auseinander- setzung mit der französischen »Planification«	214
3. Robert Marjolin und die Offensive der EWG-Kommission	222
4. Konflikt und Integration	228
 Vierter Teil: Die Globalsteuerung der Wirtschaft	 233
IX. Unzählbare Konjunktur 1955–1960	234
1. Von Marx zum Markt: Die SPD als wirtschaftspolitische Reformpartei	234
2. Konflikt als Lernprozess: Adenauer, Erhard und die »Gürzenich-Affäre«	244
3. Die Konjunktur im Visier der Politik	264

X.	Die »Zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft« 1960–1966	279
1.	Ende der Nachkriegszeit?	279
2.	»Ewige Hochkonjunktur und kommandiertes Wachstum«: Die Debatte über das Stabilitätsgesetz	283
3.	Die Rezession von 1966/67 und das Ende der Ära Erhard	295
4.	Von Erhard zu Schiller – eine wirtschaftspolitische Zäsur?	303
XI.	Im »magischen Viereck« 1967–1969	307
1.	Die »Magna Charta« des Keynesianismus	308
2.	Konzertierte Aktion – ein neuer »contrat social«?	316
3.	Die Konjunkturprogramme von 1967/68 und Schillers »Aufschwung nach Maß«	321
4.	Die Planung der Zukunft	328
5.	Brüchiger Konsens: Das Scheitern der Konzertierten Aktion und die Aufwertungskrise 1969	336
XII.	Ausblick: Globalsteuerung in der Krise 1970–1974	344
	Resümee	353
	Abkürzungen	363
	Quellen- und Literaturverzeichnis	365
	Register	416

Vorwort

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die überarbeitete Fassung meiner Habilitationsschrift, die im Sommersemester 2004 von der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln angenommen wurde. Ohne die tatkräftige Hilfe zahlreicher Personen und Institutionen wäre die Anfertigung dieser Arbeit nicht möglich gewesen. Mein herzlicher Dank geht zuerst an Wolfgang Schieder: für seine langjährige Förderung, die anregende Atmosphäre im Umkreis seines Lehrstuhls und für die außerordentlich günstigen Arbeitsbedingungen während meiner Kölner Assistentenjahre. Gleichermäßen danken möchte ich Margit Szöllösi-Janze, die mich nach ihrer Berufung an die Universität zu Köln in jeder erdenklichen Weise unterstützt hat. Die Studie verdankt ihr mehr, als sie selbst zugeben würde.

Ein Feodor-Lynen-Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung ermöglichte mir einen 18-monatigen Forschungsaufenthalt an der Columbia University in New York. Es war ein Privileg, in dem spannenden intellektuellen Umfeld dieser Universität arbeiten zu dürfen. Besonderen Dank schulde ich meinem Gastgeber Volker Berghahn, der dafür sorgte, dass die Zeit in New York ebenso angenehm wie produktiv war. Gerne erinnere ich mich an die Gespräche, die wir während langer Spaziergänge am Hudson River führten.

Hans-Peter Ullmann hat das Manuskript für die Aufnahme in die »Kritischen Studien« empfohlen und – wie auch die anderen Herausgeber der Reihe – wertvolle Hinweise für seine Überarbeitung gegeben. Ebenfalls zu Dank verpflichtet bin ich den Gutachtern der Habilitationskommission Wolfgang Schieder, Margit Szöllösi-Janze, Toni Pierenkemper und Volker Neuhaus.

Olaf Bartz, Thomas Horstmann, Jörg Huwer, Boris Loheide, Detlev Mares, Alfred Reckendrees, Desiree Schauz und Christoph Strupp haben das Manuskript sorgsam und kritisch gelesen. Von ihren Hinweisen und Verbesserungsvorschlägen hat der Text sehr profitiert! Die Alexander von Humboldt-Stiftung und die Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung haben die Veröffentlichung der Studie durch einen großzügigen Druckkostenzuschuss möglich gemacht.

Die letzten Korrekturen für die Drucklegung des Manuskriptes erfolgten während eines Aufenthaltes am Netherlands Institute for Advanced Study in the Humanities and Social Sciences. Nirgendwo anders lässt es sich konzentrierter arbeiten als hinter den Dünen von Wassenaar. Dem Rektor des Instituts, Wim Blockmans, sei herzlich für die Einladung als Fellow gedankt.

Ökonomie handelt von Knappheit. Diese Arbeit über die Ökonomen hat viel zu viel knappe Zeit meines Familienlebens in Anspruch genommen. Meine Frau Friederike hat darüber stets großzügig hinweg gesehen und mir den Freiraum geschaffen, um das Buch zu schreiben. Ihr möchte ich an dieser Stelle besonders danken. Die Geburt meines Sohnes Felix, die in die Schlussphase dieser Arbeit fiel, hat mich daran erinnert, dass die »Stunde der Ökonomen« auch ein Ende haben muss.

Wassenaar, im Mai 2005

Alexander Nützenadel

Einleitung

Wer in der Bundesrepublik Anfang der siebziger Jahre über das Verhältnis von Wirtschaft und Politik nachdachte, tat dies im Bewusstsein tiefgreifender Veränderungen. »Ein riesiges Areal, ein Arsenal umfassend gestaltender Interventionstätigkeit des Staates« habe sich in den vergangenen Jahren herausgebildet, konstatierte der Journalist Hans-Henning Zencke 1970 und deutete damit jene Ambivalenz an, die viele politische Beobachter damals verspürten. Politik, bedauerte Zencke, sei »in der Bundesrepublik wesentlich nur noch Wirtschaftspolitik – aber ganz großen Stils. Das Kabinett verhandelt und beschließt, wie die Protokolle seiner Beratungen zeigen, über andere Themenbereiche nur noch am Rande. Alle anderen, früher blühenden Felder traditioneller Politik sind verdorrt.«¹

Mag diese Bestandsaufnahme auch überpointiert erscheinen, so besitzt sie doch einen wahren Kern. Die Wirtschaftspolitik rückte in den zwei Jahrzehnten seit der Gründung der Bundesrepublik in das Zentrum der Politik und beherrschte Parteiprogramme, Wahlkämpfe und öffentliche Diskussionen mehr als alles andere.² »Ohne die wirtschaftliche Entwicklung, von der das politische Leben getragen wird, läßt sich die Bonner Demokratie nicht begreifen«, urteilte der französische Politologe Alfred Grosser 1974.³ Das politische Selbstverständnis der jungen Bundesrepublik wurde maßgeblich durch seine wirtschaftlichen Erfolge bestimmt. Der rasante ökonomische Wiederaufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg schuf nicht nur die Voraussetzung für die Entfaltung einer stabilen Demokratie, sondern auch für die internationale Emanzipation des westdeutschen Teilstaates. »Wachstum« und »Stabilität« avancierten zu Leitbegriffen, die wissenschaftliche Theorien, gesellschaftliche Diskurse und politisches Handeln nachhaltig prägten. Im Gegenzug wurden ökonomische Instabilität und konjunkturelle Krisen stets als fundamentale Bedrohung für den gesellschaftlichen Grundkonsens wahrgenommen. Bis heute, bemerkte jüngst ein polnischer Publizist, sind Wirtschaftskrisen »in Deutschland stets Identitätskrisen«.⁴

1 Zencke, S. 136.

2 So waren nach der Gründung der Bundesrepublik acht der insgesamt 14 Bundesministerien mit wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben bedacht. Zur Bedeutung der Wirtschaftspolitik für die Wahlkämpfe der fünfziger und sechziger Jahre vgl. *Kaltefleiter; Spicka*.

3 Grosser, S. 253; vgl. auch *Abelshauer*, Wirtschaftsgeschichte, S. 11ff.

4 J. Tychner, Alles Haushalt, oder was?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.12.2003, S. 9; vgl. auch *Schönhoven*, Aufbruch, S. 132f.

Ob die Bundesrepublik in dieser Hinsicht tatsächlich ein Sonderfall in der internationalen Entwicklung darstellt, ist allerdings fraglich. Vielmehr scheint das Ausgreifen des »Ökonomischen« in fast alle Politikfelder und gesellschaftliche Bereiche ein Merkmal moderner Industriegesellschaften überhaupt zu sein.⁵ Diese Entwicklung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates, der Etablierung umfassender wirtschafts- und finanzpolitischer Aufgabenplanung und der zunehmenden internationalen Koordination wirtschaftlicher Beziehungen erheblich beschleunigt.⁶ Einher ging dieser Prozess mit einer zunehmenden Ausdifferenzierung, Verbreitung und Anwendung ökonomischen Wissens. Die Wirtschaftstheorie hatte sich infolge der »keynesianischen Revolution« der dreißiger und vierziger Jahre nachhaltig verändert.⁷ Nicht nur die modelltheoretische Darstellung und Analyse hochkomplexer Volkswirtschaften schien nun möglich. Darüber hinaus trat die neue makroökonomische Theorie ihren Siegeszug mit dem Versprechen an, die Wirtschaftspolitik mit wissenschaftlichen Methoden gestalten und optimieren zu können. Die Grenze zwischen »reiner« und »normativer« Theorie wurde durchlässig. Theoretische Analyse, angewandte Forschung und politische Expertise rückten in keiner Disziplin so nah zusammen wie in den Wirtschaftswissenschaften.⁸

Die Nachkriegsepoche war nicht nur eine Zeit exzeptioneller Wachstumsraten, hoher Beschäftigung und stabiler Währungsverhältnisse. Sie war, so der Titel eines viel gelesenen Buches aus dem Jahre 1968, auch das »Zeitalter der Ökonomen«. Das eigentlich Revolutionäre, glaubte sein Verfasser Walter Heller, sei nicht so sehr der Fortschritt der theoretischen Erkenntnis, sondern die Tatsache, dass »die moderne Volkswirtschaftslehre schnell und in immer stärker werdendem Maße Eingang in das Denken und Handeln der Nation gefunden hat.«⁹ Was Heller – Professor an der University of Minnesota und von 1961 bis 1964 Vorsitzender des »Council of Economic Advisors« – für die USA feststellte, traf zweifellos auch für die Bundesrepublik zu. In den fünfziger und sechziger Jahren standen die Nationalökonominnen dort »in einem hohen Ansehen wie kaum je zuvor.«¹⁰ Das an Universitäten und Forschungseinrichtungen stark expandierende Fach löste sich von seiner vormals engen Verbindung zu den Staats- und Gesellschaftswissenschaften und gewann damit nicht nur akademisch an Profil, sondern professionalisierte auch wissenschaftliche Ausbildung und Berufsstand.

5 Vgl. *Furner/Supple; Lacey/Furner; Coats, Development.*

6 Vgl. *Sutcliffe*, S. XIII.

7 Vgl. *Klein; Clarke, The Keynesian Revolution and its Making; Hall, Political Power; Bernstein.*

8 Vgl. *Coats, Economists in Government; ders., Sociology; Nelson, Economic Profession; Rivelin; Aaron; Pechmann; Mohr.*

9 *Heller*, S. XV; vgl. auch *Stein, Economics Industry; Bernstein*, S. 91ff.

10 *Borchardt, Anerkennung*, S. 202.

Zugleich nahm das öffentliche Prestige der Wirtschaftswissenschaften un­gemein zu. Volkswirte wie Erich Schneider, Wilhelm Röpke, Franz Böhm und Herbert Giersch waren regelmäßig in den Medien präsent. Einflussreiche Politiker der Nachkriegsära wie Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Karl Schiller oder Helmut Schmidt verdankten ihre Autorität nicht zuletzt ihrem ökonomischen Sachverstand und der kompetenten Darstellung wirtschaftlicher Probleme in der Öffentlichkeit. Staatsbürgerliche Vereinigungen wie die »Aktionsgemeinschaft für Soziale Marktwirtschaft« oder die »Wirtschaftspolitische Gesellschaft« trugen mit ihren breit angelegten, durch moderne Kommunikationsmittel unterstützten Informationskampagnen zu einer Popularisierung ökonomischer Sachverhalte bei. In Zeitungen und anderen Medien nahm die Wirtschaftsberichterstattung einen immer größeren Raum ein. Aktienkurse, Wachstumsprognosen und volkswirtschaftliche Statistiken wurden zum Tagesgespräch. Schließlich erfuhr die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung einen unvergleichlichen Boom. Die Mitglieder des 1963 gegründeten Sachverständigenrates wurden schon damals ehrfürchtig als die »Fünf Weisen« bezeichnet und genossen in der Öffentlichkeit eine beinahe »päpstliche Autorität«. ¹¹ Die Ökonomie war in den Jahren des Wirtschaftswunders »geradezu eine gesellschaftliche Leitwissenschaft« geworden. ¹²

Die vorliegende Arbeit will Hintergründe, Triebkräfte und Folgen dieser Entwicklung nachzeichnen. Sie untersucht den Übergang von der älteren, noch von den Traditionen der Historischen Schule geprägten Nationalökonomie zur modernen Volkswirtschaftslehre, fragt nach den disziplinären Arbeitsfeldern und Schwerpunkten des Faches, arbeitet die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik heraus und analysiert den Wandel der Wirtschaftspolitik seit den fünfziger Jahren. Dabei wird von der These ausgegangen, dass die Volkswirtschaftslehre eine besondere Form der Expertenkultur hervorbrachte, die sich von anderen Disziplinen grundlegend unterschied. Sie begründete jene Sonderrolle des Faches, das sich in seinem methodischen Selbstverständnis zunehmend am mathematisch formalisierten Modelldenken der Naturwissenschaften orientierte und zugleich aufgrund seines Gegenstandes große gesellschaftspolitische Relevanz besaß. ¹³ Die wachsende Bedeutung und Komplexität wirtschaftspolitischer Aufgaben und der hohe theoretische Abstraktionsgrad der Wirtschaftswissenschaften hatten zur Folge, dass ökonomische Experten seit den fünfziger Jahren eine herausragende Stellung einnahmen und die wissenschaftliche Politikberatung stark dominierten. ¹⁴

11 So Kanzler Ludwig Erhard in einer Bundestagsdebatte am 17.2.1966; Dt. Bundestag, Sten. Ber., Bd. 60, Bonn 1966, S. 949.

12 *Spre*, Einleitung, in: ders., *Geschichte*, S. 21.

13 Vgl. allgemein *Mirowski; Boumans*.

14 Vgl. *Mayer*, Truth, S. 16f.; *Hutchison*, S. 286f.

Mit diesem Anliegen bewegt sich die Arbeit im Grenzbereich von Wissenschafts-, Wirtschafts- und politischer Zeitgeschichte. In den Abschnitten, die sich mit der disziplinären Entwicklung der Volkswirtschaftslehre und ihrer Stellung im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik befassen, werden dogmenhistorische, wissenschaftssoziologische und kulturgeschichtliche Ansätze aufgegriffen und miteinander verknüpft. Die klassische Dogmengeschichte, die nach der immanenten Entwicklung von Theorien, Methoden und wissenschaftlichen Schulen fragt, soll dabei erweitert werden zu einer umfassenden Geschichte des ökonomischen Wissens, welche Wissenschaft nicht als autonomes, in sich geschlossenes System betrachtet, sondern das politische, soziale und kulturelle Umfeld mit einbezieht, nach der Relevanz und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis fragt, Institutionalisierungsprozesse in den Blick nimmt und die Diffusion und Popularisierung von wissenschaftlichem Wissen berücksichtigt.¹⁵

Hier zeigen sich Berührungspunkte zu kultur- und diskurstheoretischen Ansätzen, die von der Wissenschafts- und insbesondere der ökonomischen Dogmengeschichte lange Zeit vernachlässigt worden sind. Neuerdings zeichnen sich vor allem in der angloamerikanischen Forschung Bemühungen zu einem methodischen Brückenschlag ab, so etwa in den theoretischen Studien von McCloskey, die sich mit den narrativen Strukturen ökonomischer Aussagen befassen.¹⁶ Inzwischen gibt es auch eine Reihe von historischen Untersuchungen, die sich um eine Kontextualisierung ökonomischer Wissensproduktion bemühen. Dazu zählt die weit ausgreifende Arbeit von Michael Bernstein über die amerikanischen Wirtschaftswissenschaften im 20. Jahrhundert, ferner die wichtige Untersuchung von Adam Tooze zur Entstehung der modernen volkswirtschaftlichen Statistik in Deutschland zwischen 1900 und 1945.¹⁷ Zu erwähnen ist ferner die jüngst erschienene, ideengeschichtliche Studie von Mark Blyth, welche das Wechselspiel von wirtschaftlichen Leitbildern und institutionellem Wandel im 20. Jahrhundert untersucht.¹⁸ Im Mittelpunkt dieser Forschungen steht nicht zuletzt die Frage, worauf sich die spezifische Deutungsmacht der Wirtschaftswissenschaften gründet und welche Funktion diese für die Entstehung (und Auflösung) von gesellschaftlichem Konsens besitzt. Der Amerikaner Robert Nelson hat die moderne ökonomische Theorie sogar in die Nähe religiöser Phänomene gerückt.¹⁹ Dieser Interpretation schließt sich die vorliegende Arbeit zwar nicht an. Doch es bleibt eine berechtigte Frage, welche Funktion ökonomisches Wissen in modernen Gesell-

15 Vgl. *Stehr, Wissen*.

16 *McCloskey, Writing of Economics*; dies., *If You're so Smart*; dies., *Knowledge and Persuasion*; dies., *Rhetoric of Economics*; vgl. auch *Hutchison*.

17 *Bernstein; Tooze, Statistics*.

18 *Blyth*.

19 *Nelson, Economics*.

schaften spielt und worauf sich seine besondere Deutungskompetenz gründet.²⁰

Dies verweist auf neuere, vor allem in der Soziologie geführte Debatten über die Entstehung der modernen »Wissengesellschaft«.²¹ Sie gehen von der Annahme aus, dass wissenschaftliches Wissen zur wichtigsten ökonomischen Ressource avanciert, alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt und soziale Beziehungen ebenso wie das kulturelle Selbstverständnis nachhaltig prägt. Im Zuge dieser Entwicklung werden die Grenzen zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Subsystemen (Wirtschaft, Recht, Politik, Kultur usw.) zunehmend durchlässig. Dieser umfassende Prozess der »Verwissenschaftlichung«, dessen Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen, hat mit der Auflösung der klassischen Industriegesellschaft seit den fünfziger Jahren offenbar stark an Dynamik gewonnen.²² In der Geschichtswissenschaft wird daher zu Recht dafür plädiert, das Konzept der »Wissengesellschaft« zu historisieren und als analytische Kategorie für die Geschichte des 20. Jahrhunderts nutzbar zu machen.²³ Für die Nachkriegsepoche ist dies umso mehr berechtigt, als technokratische Planungskonzepte stark an Bedeutung gewannen.²⁴ Der neuerdings als soziologische Kategorie verwendete Begriff der »Verwissenschaftlichung« war in der politischen Sprache der sechziger Jahre geradezu ubiquitär.²⁵ Wie neuere Arbeiten zeigen, prägte das szientistische Planungs- und Reformdenken fast alle gesellschaftlichen und politischen Handlungsfelder und verdient daher die Aufmerksamkeit der zeithistorischen Forschung.²⁶

Um den Prozess der »Verwissenschaftlichung« angemessen zu untersuchen, müssen die Übergänge von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft besonders gründlich ausgeleuchtet werden. Das Augenmerk gilt daher der Rolle des ökonomischen Experten, der durch seine Gutachten, die Mitarbeit in Beratungsgremien und publizistische Aktivität wissenschaftliches Wissen für die Gesellschaft verfügbar macht. Wie hat sich das Selbstverständnis der akademischen Nationalökonomie durch die Herausforderung prozesspolitischer Planung und Steuerung verändert? Hat sie lediglich auf eine von außen vorgegebene Entwicklung reagiert oder durch die Definition bestimmter Handlungsfelder

20 Vgl. allgemein *Barbour*; J. Renn, In der Kirche der Wissenschaft, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.12.2002.

21 Grundlegend: *Stehr*, Arbeit; ders./*Böhme*; *Weingart*, Stunde.

22 *Weingart*, Verwissenschaftlichung.

23 Vgl. v.a. *Raphael*; *Szöllösi-Janze*, Knowledge Society.

24 Vgl. *Szöllösi-Janze*, Wissensgesellschaft.

25 Vgl. z.B. *Schmölders*, Verwissenschaftlichung; *Lompe*, S. 9; *Müller-Armack*, Wissenschaft und Wirtschaftspolitik, S. 83.

26 Vgl. die umfassende und überzeugende Habilitationsschrift von *Metzler*, Konzeptionen, deren Ergebnisse für diese Studie leider nicht mehr verwendet werden konnten; vgl. außerdem die Beiträge in *Haupt/Requate* sowie in *Fisch/Rudloff*.

und Probleme selbst eine wachsende Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise erzeugt?²⁷ Inwiefern hing der Bedeutungszuwachs ökonomischen Wissens mit der Neubestimmung und Erweiterung von Staatsfunktionen zusammen, die sich auf dem Gebiet der Wirtschaft in besonderem Maße bemerkbar machte?

Die Arbeit betritt nicht nur methodisches Neuland, sondern bewegt sich auch auf einem historisch bislang wenig erforschten Gelände. Zwar stößt die deutsche Zeitgeschichte nach 1945 seit einiger Zeit gerade bei jüngeren Historikern auf großes Interesse. Fast könnte der Eindruck entstehen, als ob die Weimarer Republik und der Nationalsozialismus als Kernepochen der zeithistorischen Forschung in den Hintergrund gedrängt werden. Der Umbruch von 1989/90 hat einer umfassenden Historisierung nicht nur der DDR, sondern auch der »alten« Bundesrepublik Vorschub geleistet.²⁸ Inzwischen stehen der Geschichtswissenschaft auch wichtige Archivbestände aus den fünfziger und sechziger Jahre offen, die eine quellengestützte Analyse überhaupt erst ermöglichen. Doch der überwiegende Teil der vorhandenen Untersuchungen konzentriert sich auf die Vor- und Gründungsgeschichte der Bundesrepublik, während die epochalen Veränderungen der fünfziger und sechziger Jahre zwar allgemein hervorgehoben, in ihren spezifischen Ausprägungen aber noch wenig erforscht sind.²⁹

Gerade ökonomische Fragen finden trotz ihrer für die Entwicklung der Bundesrepublik unbestrittenen Relevanz kaum mehr das Interesse der historischen Forschung.³⁰ Das hat zweifellos disziplinäre Gründe und hängt mit der kulturwissenschaftlichen Wende innerhalb des Faches zusammen, die zu einer weitreichenden »Ent-Ökonomisierung der Geschichtsbetrachtung« geführt hat.³¹ Hinzu kommt, dass ökonomische Probleme und ihre wissenschaftliche und politische Diskussion nach 1945 so sehr an Komplexität gewonnen haben, dass sie ohne einschlägiges volkswirtschaftliches Vorwissen kaum nachzuvollziehen sind. Die Historiker stehen daher vor einem ähnlichen »Expertenproblem« wie die zeitgenössischen Politiker.

Umso erstaunlicher ist es allerdings, dass bisher auch die wirtschaftshistorische Forschung gegenüber diesem Zeitabschnitt eine spröde, kaum nachvollziehbare Zurückhaltung an den Tag gelegt hat. Die wichtigste, bis heute andauernde Kontroverse zur Nachkriegszeit dreht sich um die Frage, welche Faktoren für die wirtschaftliche Erholung Westdeutschlands verantwortlich

27 Vgl. Barber; Stehr, Arbeit, S. 350–420.

28 Kleßmann/Sabrow.

29 Vgl. Metzler, Breite Straßen; erste Einblicke in Forschungsprojekte in Schildt u. a., Dynamische Zeiten; Haupt/Requate.

30 Vgl. aber Kaelble; Dietrich, Eigentum; Scheybani; Oertzen; Nonn; Altmann, Arbeitsmarktpolitik.

31 Kocka, S. 503.

waren. Im Zentrum steht dabei vor allem die Frage nach den wirtschaftlichen Auswirkungen von Währungsreform und Marshallplan.³² Zahlreiche Arbeiten sind inzwischen auch zur Wiedereingliederung der Bundesrepublik in den Weltmarkt und die Anfänge der europäischen Integration erschienen.³³ Kaum eine dieser Untersuchungen geht jedoch über die fünfziger Jahre hinaus.³⁴ Die eigentliche Kernepoche der Bundesrepublik ist aus wirtschaftshistorischer Sicht nach wie vor *terra incognita*.³⁵ Die wenigen grundlegenden Forschungen auf diesem Gebiet stammen bezeichnenderweise nicht von Historikern bzw. Wirtschaftshistorikern, sondern von Ökonomen und Sozialwissenschaftlern, die freilich meist keine genuin historische Fragestellung verfolgen und nicht systematisch Archivquellen heranziehen.³⁶ Dies gilt etwa für die vergleichenden Untersuchungen zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum von Ludger Lindlar und Thomas Bittner oder die Studien zur Geld- und Konjunkturpolitik, die Helge Berger und Björn Alecke jüngst vorgelegt haben.³⁷ Diese eher ökonomisch als historisch angelegten Untersuchungen haben unsere Kenntnisse über die quantitative Wirtschaftsentwicklung nach 1945 erheblich bereichert und stellen eine wichtige Grundlage für die vorliegende Studie dar. Als hilfreich haben sich ferner institutionengeschichtliche Arbeiten, etwa zur Bundesbank oder zum Wirtschaftsministerium, erwiesen.³⁸

Auch die historische Analyse der bundesdeutschen Volkswirtschaftslehre befindet sich trotz wichtiger Einzelstudien noch ganz in den Anfängen. Während das Denken und der politische Einfluss der ordoliberalen Gründungsväter wie Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard und Alexander Rüstow durch biographische und ideengeschichtliche Studien recht gut erforscht sind,³⁹ fehlt es an weiterführenden Arbeiten zur Entwicklung der Volkswirtschaftslehre in den fünfziger und sechziger Jahren. Dies dürfte zum einen auf die schlechte Quellenlage zurückzuführen sein: Es gibt nur wenige private Nachlässe, edierte Schriftwechsel oder autobiographische Zeugnisse von führenden Volkswirten der Bun-

32 Vgl. als Überblick über die Literatur: *d'Elia; Nützenadel*, Abschied.

33 Vgl. *Küsters*, Gründung; *Bührer*, Ruhrstahl; ders., Westdeutschland; *Buchheim*, Wiedereingliederung; *Herbst u.a.*, Marshallplan; *Dickhaus; Thieme; Neebe*.

34 Vgl. zuletzt auch die englischsprachigen Beiträge von *van Hook; Grünbacher* und *Mierzejewski*.

35 So gibt es bislang nur wenige, wissenschaftlichen Standards genügende Gesamtdarstellungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Grundlegend *Abelshauer*, Wirtschaftsgeschichte; vgl. außerdem *Weimar; Schröter*.

36 Vgl. z. B. *Glastetter; Altwater u.a.*; *Giersch u.a.*, Fading miracle.

37 *Berger; Lindlar; Alecke; Bittner*.

38 *Dickhaus; Deutsche Bundesbank*, Fünfzig Jahre; *Löffler*.

39 Biographisch: *Welter; Hollerbach; Lenel; Peukert; Meier-Rust; Henzler; Hentschel*, Erhard; *Kowitz; Dietzfelbinger; Yamawaki*; zur Entstehung der ordoliberalen Schule und zu ihrem politischen Einfluss: *Blumenberg-Lampe*, Programm; *Ambrosius*, Durchsetzung; *Peacock/Willgerodt; Tribe; Nicholls*.

desrepublik.⁴⁰ Archive von Universitäten und Forschungseinrichtungen sind für die hier behandelte Zeit wenig ergiebig, weil es sich überwiegend um personenbezogene Daten handelt, die mindestens fünfzig Jahre unter Verschluss bleiben.

Doch hat das fehlende Interesse offensichtlich auch interpretatorische Gründe. In der Forschung dominiert bis heute die Auffassung, dass die ordoliberalen Freiburger Schule nicht nur die theoretische Entwicklung des Faches seit 1945 bestimmt, sondern auch die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik geprägt habe. Der Ordoliberalismus, der neuerdings im Kontext der »Constitutional Economics« eine internationale Renaissance erlebt, gilt als wichtigster deutscher Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftstheorie im 20. Jahrhundert. Die großen Werke dieser Schule stammen jedoch aus den vierziger und frühen fünfziger Jahren, so dass die meisten historischen Untersuchungen ihren Schwerpunkt in dieser Zeit haben. Die keynesianische und die neoklassische Wirtschaftstheorie haben nach verbreiteter Auffassung in Deutschland nur zögerlich und lediglich als »amerikanische Importe« Verbreitung gefunden.⁴¹ Bundesdeutsche Ökonomen hätten, so wird argumentiert, keinen originären Beitrag hierzu geleistet. Der in den fünfziger und sechziger Jahren international dominierende Keynesianismus habe in der Bundesrepublik allenfalls das Wirtschaftsprogramm der oppositionellen SPD beeinflusst, für die Politik bis Ende der sechziger Jahre aber keine Rolle gespielt.⁴²

Diese Interpretation wird inzwischen jedoch relativiert. So hat Ernst Heuß kürzlich betont, dass »die Verwurzelung des ordoliberalen Gedankengutes nur teilweise gelungen ist.«⁴³ Die vielfach auf die Freiburger Schule zurückgeführte Idee der »Sozialen Marktwirtschaft« wird inzwischen eher als ein offenes und wandlungsfähiges Konzept begriffen. »Sie ist kein einstimmiger gregorianischer Choral, sondern eher ein mehrstimmiges Madrigal.«⁴⁴ Häufig werde ihr tatsächlicher politischer Einfluss überschätzt. Nach Auffassung des britischen Wirtschaftshistorikers Keith Tribe beschreibt der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft gar kein »specific economic regime«. Es handle sich vielmehr um einen politischen Slogan, »whose analytical content lacks any specific directives for the formation of policy«.⁴⁵ Und Helge Berger hat in seiner Studie zur Konjunkturpolitik der fünfziger Jahre gezeigt, dass ordoliberale Ideen bereits in dieser Phase für die Wirtschaftstheorie und -politik an Relevanz verloren hatten. Die westdeutsche Nationalökonomie, so Berger, habe sich in den

40 Vgl. allerdings sehr detailliert *Blesgen*.

41 *Richter*, S. 596; vgl. außerdem *Portes*; *Hagemann*, Post-1945 Development; ders., Einfluß.

42 Vgl. *Abelshausen*, Wirtschaftsgeschichte, S. 100f. u. S. 297–301; zum Wirtschaftsprogramm der SPD *Ott*, Wirtschaftskonzeption; *Held*.

43 *Heuß*, Kontinuität, S. 340.

44 *Schulz*, Soziale Marktwirtschaft, S. 171.

45 *Tribe*, S. 204.

fünfziger Jahren rasch dem internationalen Mainstream der keynesianisch-neoklassischen Synthese angeschlossen.⁴⁶ Diese These ist in der Forschung bislang noch nicht systematisch und in größerer zeitlicher Perspektive nachgeprüft worden. Weder Bergers Studie noch die einschlägigen dogmengeschichtlichen Untersuchungen gehen über die fünfziger Jahre hinaus.⁴⁷

Die vorliegende Arbeit bricht diese zeitliche Begrenzung auf und nimmt die Entwicklung von der Gründung der Bundesrepublik bis Mitte der siebziger Jahre in den Blick – jene Jahrzehnte also, für die sich in der internationalen Forschung der Epochenbegriff des »Golden Age« eingebürgert hat.⁴⁸ Durch die Erweiterung der zeitlichen Perspektive werden die Transformationen und Umbrüche der bundesdeutschen Nachkriegsära überhaupt erst erkennbar. Zudem verweist der Begriff des »Golden Age« auf länderübergreifende Erfahrungen und Entwicklungen. Für die meisten Industriestaaten handelte es sich um eine Periode hoher Wachstumsraten, andauernder Vollbeschäftigung und exzeptioneller Prosperität. Fast überall übernahm der Staat die Aufgabe, wirtschaftliches Wachstum und soziale Stabilität durch Eingriffe in das Marktgeschehen zu sichern. Diese internationalen Entwicklungen gilt es zu berücksichtigen, denn die Bundesrepublik agierte gerade auf dem Feld der Wirtschaftspolitik nach 1945 nicht mehr autonom, sondern war in ein enges Netz internationaler Organisationen, Verträge und Austauschbeziehungen eingebunden.⁴⁹

Allerdings zwingt eine solche zeitliche Erweiterung, Schwerpunkte in bestimmten Bereichen zu setzen, während viele Fragen nur kursorisch behandelt werden können. So kann die Geschichte der Volkswirtschaftslehre nicht in ihrer Gesamtheit rekonstruiert werden. Vielmehr wird vor allem die Entwicklung der Wachstums- und Konjunkturtheorie sowie der empirischen Wirtschaftsforschung und Statistik nachgezeichnet, welche für die Fragestellungen der vorliegenden Studie besonders relevant sind. In der Darstellung der Wirtschaftspolitik wird die inzwischen gut erforschte Gründungszeit der Bundesrepublik nur am Rande berücksichtigt. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die »langen sechziger Jahre«, die inzwischen als eigenständige Teilepoche der bundesdeutschen Geschichte angesehen werden.⁵⁰ Die Entwicklung der frühen siebziger Jahre wird nur in Form eines Ausblicks behandelt, da die

46 Berger, S. 28–33; vgl. auch Scheide; Altmann, Planung, S. 35–37.

47 Vgl. als nach wie vor beste deutschsprachige Gesamtdarstellung Stavenhagen sowie Pribram.

48 Marglin/Schor; außerdem: Crafts; Hobsbawm.

49 Buchheim, Wiedereingliederung; zur internationalen Vernetzung der Wirtschaftswissenschaften vgl. Coats, Economists in International Agencies; ders., Post-1945 Internationalization.

50 Vgl. K. D. Bracher, Die Bewährung der Zweiten Republik (Einleitung), in: Hildebrand, S. 7–16, hier 16; Erker, S. 220; Schildt, Nachkriegszeit; Schönhoven, Aufbruch, S. 128; Metzler, Breite Straßen, S. 247ff.

einschlägigen Archivquellen in der Phase der Materialsammlung für diese Arbeit noch nicht zugänglich waren.

Die Arbeit stützt sich auf ein breites Korpus an veröffentlichten und archivalischen Quellen. Systematisch ausgewertet wurden die bislang noch nicht geordneten Bestände der Bundesministerien für Wirtschaft und für Finanzen.⁵¹ Ihre Bearbeitung hat sich infolge der chaotischen Originalregistraturen als außerordentlich langwierig herausgestellt. Verbleibende Lücken konnten durch die Akten des Kanzleramtes (v.a. der Referate für Wirtschafts- und Finanzpolitik) sowie durch Bestände anderer Ministerien geschlossen werden. Als recht ergiebig erwiesen sich ebenfalls die zahlreichen Nachlässe von Politikern, Wissenschaftlern und Verwaltungsfachleuten. Systematisch ausgewertet wurden ferner die historischen Archive der großen Parteien sowie der Deutschen Bundesbank. Publierte Quellen stellen die zweite wichtige Informationsgrundlage dar. Außer den einschlägigen Quelleneditionen (z.B. die Kabinettsprotokolle der Bundesregierungen, Bundestagsprotokolle usw.) wurde vor allem die wirtschaftswissenschaftliche Literatur konsultiert, und zwar hierbei nicht nur die einschlägigen Fachorgane und wissenschaftlichen Monographien, sondern auch die umfangreiche, häufig zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischer Bewertung stehende »graue« Literatur.

Die Studie gliedert sich in vier systematisch angelegte Teile. Auf eine strikt chronologische Darstellung wurde angesichts wechselnder Perspektiven und Interpretationslinien bewusst verzichtet. Der *erste Teil* folgt einem wissenschaftshistorischen Zugriff. Zunächst werden in einem Überblick die tiefgreifenden Veränderungen der deutschen Nationalökonomie zwischen Historischer Schule, Ordoliberalismus und neoklassisch-keynesianischer Volkswirtschaftslehre dargestellt. Dafür sind historische Rückblicke bis in die zwanziger Jahre erforderlich, um Kontinuitäten und Brüche über die Systemwechsel von 1933 und 1945/49 hinweg zu ergründen. Hierauf aufbauend werden die Schwerpunkte und theoretischen Auseinandersetzungen des Faches in den fünfziger und sechziger Jahren herausgearbeitet. Spielte im Nachklang der keynesianischen Debatten und der Depression der dreißiger Jahre die Konjunkturtheorie eine wichtige Rolle, avancierte die Wachstumsforschung zur eigentlichen Königsdisziplin der bundesdeutschen Volkswirtschaftslehre. In diesem Kontext wird es auch darum gehen, den erfahrungsgeschichtlichen Hintergrund von wissenschaftlichen Diskussionen und Forschungsschwerpunkten herauszuarbeiten. Welche Rolle spielten etwa die historische Erinnerung und diskursive Verarbeitung der Weltwirtschaftskrise für die Entwicklung der Wirtschaftstheorie? Welche internationalen Einflüsse, etwa der angloamerikanischen *New Economics*, lassen sich nachweisen? Wie hat sich das Bild des Staates als eines wirtschaftspolitischen Akteurs verändert?

51 Bei der Zitierung der Aktenstücke musste z.T. die vorläufige Numerierung des Bundesarchivs verwendet werden.

Der *zweite Teil* leuchtet die Schnittstellen und Übergänge zwischen wissenschaftlicher Theorie und praktischer Anwendung aus. Wie hat sich das Selbstverständnis der Volkswirtschaftslehre im Spannungsfeld von akademischer Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung verändert? Die komplizierte Institutionalisierung der Politikberatung seit den fünfziger Jahren wird in diesem Teil ebenso nachgezeichnet wie die engen, vielfach aber auch konfliktreichen Beziehungen zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik. Dabei wird zu fragen sein, welche Rolle ältere, vor allem in der Weimarer Republik geprägte Traditionen spielten. Welche Beratungsmodelle existierten, und wie ließen sich diese mit den korporatistischen Vorstellungen vereinbaren, welche die wirtschaftspolitische Beratung und Entscheidungsfindung in Deutschland traditionell stark prägten? Schließlich wird auch der Einfluss des angloamerikanischen *policy counseling* zu untersuchen sein.

Der *dritte Teil* nimmt internationale Transfer- und Perzeptionsvorgänge in den Blick, die für die Entwicklung der Bundesrepublik von großer Bedeutung waren. Der weltweite Siegeszug der angloamerikanischen Wirtschaftstheorie prägte auch die disziplinäre Neuorientierung der westdeutschen Volkswirtschaftslehre nach 1945. Ob es sich hierbei lediglich um einen Prozess der »Amerikanisierung« handelt, ist indes zweifelhaft.⁵² Mindestens ebenso wichtig war der Einfluss der europäischen Integration auf das wirtschaftspolitische Denken und Handeln seit den späten fünfziger Jahren. In diesem Zusammenhang soll auf ein frühes, heute längst vergessenes Projekt eingegangen werden, das auf eine deutsche Initiative zurückging: die Errichtung eines »Europäischen Konjunkturboards«. Diese und andere, v. a. von der EWG-Kommission unter Leitung des früheren französischen Planungskommissars Marjolin verfolgten Projekte wurden zwar nicht oder doch nur unvollständig realisiert, prägten jedoch die wirtschaftspolitischen Debatten in der Bundesrepublik maßgeblich. Für die Etablierung der Wachstums- und Konjunkturpolitik in den sechziger Jahren war ein zweites »externes« Moment konstitutiv: die Systemkonkurrenz mit dem sowjetischen Kommunismus, die zwar auch in anderen westlichen Ländern spürbar war, jedoch in der Bundesrepublik infolge der deutschen Teilung eine besonders starke Wirkung entfaltete. *Wachstumsforschung* und *Wachstumspolitik*, so die zentrale These dieses Abschnitts, erhielten durch das Konkurrenzverhältnis zur DDR wichtige Impulse.

Der *vierte und umfangreichste Teil* der Arbeit befasst sich mit der politischen Umsetzung der Wachstums- und Stabilitätspolitik in den langen sechziger Jahren. Während die Forschung bislang davon ausgegangen ist, dass die Idee einer aktiven staatlichen Konjunktur- und Wachstumssteuerung erst mit der Bildung der Großen Koalition 1966/67 zum Tragen kam, wird hier die These

52 Zu Begriff und Konzeptionalisierung vgl. *Berghahn*, *Americanisation*; *Lüdke u.a.*; *De Grazia*; *Doering-Manteuffel*; *Gassert*.

vertreten, dass sich bereits Mitte der fünfziger Jahren ein breiter politischer Konsens über die Notwendigkeit einer solchen Politik formierte. Die Zäsur bildete die so genannte »Gürzenich-Affäre« im Jahre 1956, die nicht nur die erste Regierungskrise der Adenauerzeit auslöste, sondern auch den Beginn einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung markierte. Um 1956 war nicht nur die Wiederaufbauphase der westdeutschen Wirtschaft so gut wie abgeschlossen, auch die großen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformwerke (Rentenreform, sozialer Wohnungsbau, Wettbewerbsgesetz, Lastenausgleich usw.) waren vollendet. Im Bewusstsein der Zeitgenossen begann eine »zweite Phase« der Sozialen Marktwirtschaft, in der neue wirtschaftspolitische Instrumente und Konzepte zum Durchbruch gelangten.⁵³ Spätestens seit dem Godesberger Programm der SPD 1959 konvergierten die wirtschaftspolitischen Konzepte der großen Volksparteien und ermöglichten jene modernisierungspolitische Wende, die mit den Reformen der Großen Koalition ihren Abschluss fand. Planungsdenken und technokratischer Habitus sowie ein ungebrochener Fortschrittsoptimismus prägten die Politik. Die bundesdeutsche »Expansivgesellschaft«⁵⁴ gewann nun ihre spezifischen Konturen. Freilich stieß das keynesianisch inspirierte Planungsdenken schon in den frühen siebziger Jahren sichtbar an seine Grenzen und wurde durch den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, die Ölpreiskrise von 1973/74 und die daraufhin einsetzende »Stagflation« nachhaltig diskreditiert.

In diesem weitgehend chronologisch angelegten Teil werden das komplizierte Zusammenspiel von wissenschaftlichen Beratungsgremien, wirtschaftlichen Verbänden, Parteien und Regierungsvertretern analysiert, politische Entscheidungsprozesse rekonstruiert, und es wird nach den Wirkungen und Erfolgen der staatlichen Wachstums- und Konjunkturpolitik gefragt. Besonderes Augenmerk gilt der Genese des 1967 verabschiedeten Wachstums- und Stabilitätsgesetzes, das als »New Deal der Wirtschafts- und Finanzpolitik« gefeiert wurde.⁵⁵ Warum scheiterte dieses Gesetz in der politischen Praxis, obgleich es ein umfassendes Instrumentarium makroökonomischer Planung und Steuerung vorsah, das international ohne Vorbild war?

Wenn, wie hier argumentiert wird, die Neubestimmung moderner Staatlichkeit in den »langen« sechziger Jahren auf die Dynamisierung von Verwissenschaftlichungsprozessen zurückzuführen ist, dann stellt sich die Frage, ob auch der Umkehrschluss gilt. Markierte die Krise staatlicher Steuerungsfähigkeit in siebziger Jahren auch eine erste Krise der modernen Wissensgesellschaft? Und wie veränderte sich dadurch das Verhältnis von Wissenschaft,

53 *Müller-Armack*, Zweite Phase; vgl. auch H. Tietmeyer, *Konzertierte Aktion. Konzept, Praxis und Erfahrungen*, Vortrag im Seminar für angewandte Wirtschaftslehre der Univ. Bochum, 17.1.1969 (BAK, B 102/93253).

54 *Schiller*, *Konjunkturpolitik*, S. 4.

55 *Stern*, S. 7f.

Politik und Gesellschaft? Diese Fragen verweisen auf den tiefgreifenden Wandel, der sich in den siebziger Jahren im Übergang von der klassischen Industriegesellschaft zur »zweiten Moderne« vollzogen hat. Sie zeigen zugleich, dass die Geschichte des ökonomischen Wissens nur im Kontext gesellschaftlicher Transformationen und kultureller Umbrüche zu verstehen ist.

Erster Teil: Laboratorien der Wirtschaft

»Die Ökonomen sind Wahrsager unseres Zeitalters, so wie die Psychiater die modernen Dämonenvertreiber sind.«¹

I. Nationalökonomie auf neuen Wegen

»In einer Zeit, in der das Abendland in seinen Grundfesten erschüttert ist, schicken sich unsere Hohen Schulen an zum Neu- und Wiederaufbau wissenschaftlicher Forschung und Lehre. ... Die notwendige Kontinuität von Forschung und Lehre ist durch den Krieg in einer bisher ungekannten Weise zerrissen worden. Die Brücken, die die deutsche Wissenschaft mit dem Ausland verbanden, sind zerbrochen. Wir befinden uns in einem Zustand geistiger Verarmung, wie er bisher in der Geschichte unseres Volkes niemals bestanden hat.« Mit diesen Worten umschrieb der Wirtschaftswissenschaftler Erich Schneider die Lage seines Faches anlässlich seiner Antrittsvorlesung an der Universität Kiel im Januar 1946.² Trotz ihres düsteren Untertons waren diese Äußerungen keineswegs pessimistisch gemeint. Vielmehr erkannte Schneider die Chance, die Nationalökonomie in Deutschland neu aufzubauen, nachdem sie durch den Nationalsozialismus diskreditiert und durch die erzwungene Emigration zahlreicher Wissenschaftler ins Mittelmaß abgeglitten war.

Die »geistige Verarmung« war für Schneider freilich nicht allein Folge der nationalsozialistischen Herrschaft, sondern hatte tiefere Ursachen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten: die Dominanz der Historischen Schule, die dazu geführt habe, dass »die deutschen Wirtschaftswissenschaften in verhängnisvoller Weise für mehr als drei Jahrzehnte aus dem überall in der Welt sich machtvoll entfaltenden Strom theoretischen Denkens herausgerissen« worden seien. Das modelltheoretische Denken der Neoklassik, das die Ökonomie seit der Jahrhundertwende in den angelsächsischen, aber auch in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern prägte, habe in Deutschland nie recht Fuß fassen können. Ähnliches gelte für die seit dem Ersten Weltkrieg entwickelten

1 Rebecca West, zit. n. Schiller, *Ökonom*, S. 11.

2 Schneider, *Wirtschaftstheorie*, S. 3.

Ansätze der empirischen Wirtschaftsforschung, der Konjunkturtheorie und der Ökonometrie. Die historische Nationalökonomie Deutschlands sei, so Schneider, mit ihrem naiven Empirismus an diesen »Pionierleistungen achtlos vorübergegangen« und habe sich statt dessen mit »allerlei Nebendingen« beschäftigt.³

Die polemische Schärfe, mit der Schneider über die akademischen Traditionen und wissenschaftlichen Leistungen des eigenen Faches urteilte, spiegelte auch persönliche Enttäuschungen wider. Schneider hatte nach dem Studium der Physik, Mathematik und Ökonomie in Frankfurt über ein geldtheoretisches Thema promoviert.⁴ 1932 habilitierte er sich bei Joseph Schumpeter in Bonn mit einer Studie über die Monopoltheorie,⁵ doch gelang es ihm nicht, eine Professur in Deutschland zu erhalten. Erst nach langjähriger Tätigkeit im Schuldienst erhielt er einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Århus, wo er gemeinsam mit dem dänischen Ökonomen Jørgen Pedersen die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät aufbaute. Dort konnte er für seine weitere Laufbahn wichtige Kontakte zu amerikanischen, englischen und skandinavischen Forschern knüpfen.⁶ Im Winter 1945/46 folgte er einem Ruf nach Kiel und widmete sich mit großer Energie dem Neuaufbau der westdeutschen Wirtschaftswissenschaft. Dabei ging es ihm nicht nur um die theoretische Orientierung des Faches, sondern auch um die Entwicklung moderner Lehrcurricula, die sich an internationalen Standards orientieren sollten.

Schneider gehörte zu der kleinen Gruppe von emigrierten Ökonomen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Ausland zurückgekehrt war und die Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaftswissenschaften maßgeblich prägte. Allerdings muss die Frage gestellt werden, ob das von Schneider gezeichnete Bild einer brachliegenden und orientierungslosen Disziplin der Situation an den westdeutschen Universitäten entsprach. Was bedeutete die Zäsur des Jahres 1945 für die Entwicklung der Nationalökonomie? Welche älteren Traditionen wirkten fort, und wie beeinflussten sie den Neuaufbau des Faches nach dem Zweiten Weltkrieg? In welcher wechselseitigen Beziehung standen die Historische Schule der Nationalökonomie, der Ordoliberalismus Freiburger Prägung sowie die neoklassischen und keynesianischen Ansätze der anglo-amerikanischen Welt? Diesen Fragen soll im Folgenden, mit kurzen Rückblicken in die zwanziger und dreißiger Jahre, nachgegangen werden.

3 Ebd., S. 18.

4 Die Dissertation wurde nicht gedruckt: *Schneider*, Kalkül; zu Schneider vgl. *Bombach*, *Schneider*; *Schäfer*, *Schneider*.

5 *Schneider*, *Theorie*.

6 *Vogt*, S. 18f.

1. Der lange Schatten der Historischen Schule

Ogleich die Historische Schule der Nationalökonomie spätestens mit dem Tod von Gustav von Schmoller im Jahre 1917 ihren Zenit überschritten hatte, war ihre Wirkung noch über Jahrzehnte hinweg zu spüren.⁷ Führende Ökonomen der zwanziger und dreißiger Jahre wie Werner Sombart oder Arthur Spiethoff fühlten sich weiterhin dieser Tradition verpflichtet. Sombart gehörte zu den prominentesten Wissenschaftlern der Weimarer Republik, sein Hauptwerk »Der moderne Kapitalismus« wurde in den zwanziger Jahren mehrfach aufgelegt und war in dieser Zeit das meistgelesene ökonomische Fachbuch.⁸ Ganz in der Tradition seines akademischen Lehrers Schmoller versuchte Sombart, wirtschaftliche Entwicklungen durch kulturelle Faktoren wie Religion oder Bildung zu erklären. Dennoch verstand er die Nationalökonomie nicht als theorielose, empirische Wissenschaft. Vielmehr ließen sich seiner Auffassung nach historische Darstellung und theoretisch-systematische Betrachtungsweise miteinander verbinden. Durch die Bestimmung typischer Elemente hoffte Sombart, systematische Erkenntnisse über spezifische »Wirtschaftsstile« und »Wirtschaftssysteme« zu erhalten, um auf diese Weise die empirisch-deskriptive Stufentheorie Schmollers zu überwinden.⁹

Das auf Max Weber zurückgehende Konzept des »Wirtschaftsstils« besaß in den zwanziger Jahren großen Einfluss¹⁰ und wurde auch von Arthur Spiethoff übernommen, der 1933 versuchte, eine »allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie« zu begründen.¹¹ Der Wirtschaftsstil einer Epoche ließ sich für Spiethoff nach fünf Merkmalen – Wirtschaftsgeist, natürliche und technische Grundlagen, Gesellschaftsordnung, Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftslauf – bestimmen. Dieser Ansatz prägte auch Spiethoffs Konjunkturtheorie, die seit Mitte der zwanziger Jahre im Zentrum seiner Forschungstätigkeit stand. So deutete er konjunkturelle »Wechselagen« als typische Erscheinung des kapitalistischen Wirtschaftsstils.¹² Die Ursachen dieser Bewegungen ließen sich nach seiner Auffassung nicht modellanalytisch, sondern nur aus einer möglichst konkreten Darstellung der wirtschaftlichen Vorgänge ableiten. Trotz dieses Bekenntnisses zur historischen Methode bemühte sich Spiethoff durchaus um eine allgemeine Erklärung der konjunkturellen Schwankungen, die für ihn überwiegend realwirtschaftlicher Natur waren. Stockungen und Krisen ließen sich vor allem auf zu hohe Sachkapitalanlagen

7 Vgl. *Schefold*, Nachklang.

8 *Sombart*, Kapitalismus; vgl. zu Sombart *Lenger*.

9 Vgl. *Sombart*, Ordnung, S. 14–20.

10 Vgl. *Kaufhold*.

11 *Spiethoff*, Volkswirtschaftslehre; vgl. dazu auch *Clausing*.

12 *Spiethoff*, Beiträge; ders., Wechselagen.

zurückführen, die wiederum Bestandteil des wirtschaftlichen Austausches waren. Spiethoff hat als einer der Begründer der nicht-monetären Überinvestitionstheorie auch im Ausland Anerkennung gefunden. Insbesondere verhalf er der Idee einer »anschaulichen Theorie« zum Durchbruch. Mit ihr versuchte eine Gruppe von Nationalökonominnen in den zwanziger Jahren, die Historische Schule zu erneuern und an theoretische Fragestellungen heranzuführen, ohne dabei die Prämissen der klassischen und neoklassischen Theorie zu übernehmen.¹³

Sombarts und Spiethoffs Bemühungen, die historische Methode mit der modernen Wirtschaftstheorie zu verbinden, war langfristig kein Erfolg beschieden. Dennoch gab es nach 1945 zahlreiche Versuche, wieder an das wissenschaftliche Programm der Historischen Schule anzuknüpfen. Spiethoff selbst hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg noch mehrfach für eine Wiederbelebung dieser Tradition eingesetzt.¹⁴ Eine wichtige Rolle spielte ferner der Historiker und Ökonom Carl Brinkmann, wie Spiethoff ein Schüler Schmollers. Der 1885 geborene Brinkmann publizierte bis in die dreißiger Jahre überwiegend historische Arbeiten zur preußischen Agrar- und Handelsgeschichte, zur Verfassungsgeschichte sowie zur politischen Geschichte Englands und der Vereinigten Staaten.¹⁵ Schon vor dem Krieg hatte er sich für eine »sozialökonomische Synthese« stark gemacht, welche soziologische, historische und ökonomische Ansätze miteinander verknüpfen sollte.¹⁶ Eine rein theoretische Analyse wirtschaftlicher Zusammenhänge betrachtete er als wirklichkeitsfremd, vielmehr müsse die historische Entwicklung als »Kontrollinstanz« berücksichtigt werden.¹⁷ Allerdings lehnte auch er eine historische Darstellung ohne theoretische Fundierung ab. Nach dem Krieg, als er 1947 mit 62 Jahren einem Ruf an die Universität Tübingen folgte, setzte sich Brinkmann noch einmal für eine Integration von Geschichte, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften ein.¹⁸ Seine Tübinger Antrittsvorlesung »Nationalökonomie als Sozialwissenschaft« war ein wortgewaltiges Plädoyer gegen die zunehmende Spezialisierung und methodische Abschottung der einzelnen Disziplinen.¹⁹ Dies hieß freilich nicht, dass Brinkmann auf den ontologischen Wirtschafts begriff der universalistischen Schule um Othmar Spann und Friedrich von

13 Ders., Theorie; vgl. zur Wirkungsgeschichte *Stavnhagen*, S. 200f. und *Rieter*, S. 154f.

14 *Spiethoff*, Wechsellagen (vgl. v.a. das Vorwort, S. 11–16).

15 *Brinkmann*, Wustrau; ders., Freiheit; ders., Handelspolitik; ders., Geschichte; ders., Englische Geschichte.

16 Ders., Problem.

17 Ders., Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

18 Brinkmann hatte seit 1923 in Heidelberg gelehrt und 1942 eine Professur an der Berliner Universität erhalten; vgl. die biographischen Skizzen von *Weippert*, Brinkmann; *Beckerath*, Lynkeus, S. 52–64.

19 *Brinkmann*, Nationalökonomie.

Gottl-Ottlilienfeld rekurrierte.²⁰ Eher handelte es sich um ein heterodoxes Theorieverständnis, mit dem er verschiedene Schulen und Richtungen zu verbinden suchte. Diesen Anspruch hat Brinkmann noch einmal mit Nachdruck in seiner 1948 erschienenen »Wirtschaftstheorie« formuliert, einem Buch, das von einem kritischen Rezensenten als »devil's brew of sociology, history, philosophy, Austrian, Swedish, British and American theory« bezeichnet wurde.²¹ Tatsächlich führte die summarische und unsystematische Aneinanderreihung unterschiedlicher Methoden und Theorien vor Augen, dass Brinkmanns »sozialökonomische Synthese« kein tragfähiges Konzept darstellte. So geriet das Werk nach Brinkmanns Tod im Jahre 1954 schnell in Vergessenheit.

Doch Brinkmann war nicht der einzige, der nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Wiederbelebung historischer und soziologischer Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften plädierte. Otto von Zwiedineck-Südenhorsts »Allgemeine Volkswirtschaftslehre«, die 1948 in zweiter, überarbeiteter Auflage erschien, muss in diesem Zusammenhang ebenso genannt werden wie Georg Wepperts 1953 veröffentlichte Studie über »Werner Sombarts Gestaltidee des Wirtschaftssystems«.²² Es war jedoch vor allem der in Basel lehrende Edgar Salin, der nach 1945 die Kontinuität der historisch-soziologischen Nationalökonomie verkörperte. Salin (Jg. 1892) war Schüler von Max und Alfred Weber und hatte nach dem Ersten Weltkrieg als Assistent von Eberhard Gothein und Mitglied des George-Kreises in Heidelberg gewirkt.²³ Seine Interessen reichten von ökonomischen Theorieproblemen bis hin zu literarischen und philosophischen Fragen.²⁴ Mit Spiethoff prägte er in den zwanziger Jahren den Begriff der »anschaulichen Theorie«, die den naiven Historismus Schmollers überwinden, zugleich aber seine geisteswissenschaftlichen Traditionen fortführen sollte.

Salin lehrte seit 1927 an der Universität Basel, doch blieb er in Deutschland außerordentlich präsent und zählte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den einflussreichsten Ökonomen im deutschsprachigen Raum. Im Jahre 1947 gründete er die Zeitschrift »Kyklos«, die eine Integration von Sozial- und Wirtschaftswissenschaften anstrebte und sich rasch als eines der führenden Fachorgane etablieren sollte. Salin setzte sich immer wieder für eine Revitalisierung der historisch-verstehenden Methode ein, die er – ähnlich wie Brinkmann –

20 Vgl. schon kritisch ders., Schmoller; ders., Wirtschaftsform.

21 Ders., Wirtschaftstheorie; Rezension des Buches von Emil Kauder in: WWA, Bd. 63, 1949, S. 68.

22 Zwiedineck-Südenhorst; Weppert, Sombarts Gestaltidee; vgl. auch ders., Wirtschaftslehre.

23 Vgl. Schefold, Nationalökonomie.

24 So hatte er bei Alfred Weber 1913 über Probleme der wirtschaftlichen Konzentration promoviert und sich 1920 bei Gotheins mit einer Arbeit über »Platon und die griechische Philosophie« habilitiert.